

No. 471 1. Mai 2008

1. Politik:

- **Sie werden uns nicht zu einem weiteren Kambodscha machen können!**

2. Frieden und Konflikt:

- **Die Rückkehr von Vertriebenen führt in San Carlos zu einer humanitären Krise**

3. Debatte: Faktische Para-Institutionalität durch Wahlen

4. Gastkolumne: Von Parapolitik, Kooptationen und anachronistischem Patriotismus

Leitungsequipe:

Mauricio García Durán S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Jorge Carvajal, ILSA

Direktion:

Johanna Cárdenas Beltrán

Redaktion:

Mauricio García Durán S.J.; Camino Tamayo; Johanna Cárdenas; Nelson Martin

Gestaltung der Website:

www.actualidadcolombiana.org

e-mail: actualidadcolombiana@cinpe.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

1. Politik: Sie werden uns nicht zu einem weiteren Kambodscha machen können!

Der aktuelle diplomatische Konflikt zwischen Ecuador und Kolumbien entspricht – wie die meisten Konflikte zwischen den Ländern Lateinamerikas – zu einem Grossteil den Interessen des weltweiten Grosskapitals, insbesondere den us-amerikanischen Interessen in Allianz mit den Interessen nationaler Grosskapitalisten.

Von Natalia Sierra, Soziologin, Dozentin an der Katholischen Universität von Ecuador

Der aktuelle diplomatische Konflikt zwischen Ecuador und Kolumbien entspricht – wie die meisten Konflikte zwischen den Ländern Lateinamerikas – zu einem Grossteil den Interessen des weltweiten Grosskapitals, insbesondere den us-amerikanischen Interessen in Allianz mit den Interessen nationaler Grosskapitalisten. Wenn wir fähig sind, eine gewisse Distanz zur Sichtweise der hegemonialen Macht einzunehmen, was aufgrund der Medienoffensive schwierig ist, erkennen wir, dass unsere beiden Völker eine gemeinsame Geschichte und der gemeinsame Wunsch nach einer würdigen Zukunft weit mehr eint, als die Ideen jener, die nur ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Vorteile auf Kosten unserer Völker suchen.

Das ecuadorianische Volk widersteht und kämpft seit rund zwei Jahrzehnten gegen bestimmte Politiken der USA. Dazu gehört die offene Ablehnung Ecuadors, Teil des *Plan Colombia* zu sein. Wir waren immer der Meinung, dass der Plan Colombia eine US-Strategie zur Regionalisierung des Konfliktes und

zur Sicherung der Ausbeutung der Rohstoffe ist. Wir sahen den Plan Colombia stets als eine klare Absicht der USA zur Aufrechterhaltung der geopolitischen Kontrolle über die Region.

Es gab harte Auseinandersetzungen mit verschiedenen Regierungen, um einen Einschluss Ecuadors in den Plan Colombia zu verhindern. Dies führte selbst zum Sturz von Präsidenten, denn diese Forderung war zentral, zusammen mit der Ablehnung des Freihandelsvertrags zwischen Ecuador und den USA und der Aufhebung der Konzession für die US-Militärbasis in Manta.

Bereits vor der jetzigen Regierung von Rafael Correa hat sich Ecuador geweigert, Teil des Plan Colombia zu sein. Trotzdem wurden und werden wir weiterhin durch die Auswirkungen des Plan Colombia direkt betroffen: 1. Durch die Besprühungen mit Glyphosat in der Grenzregion mit ihren schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt, die Landwirtschaft und die Gesundheit der Bevölkerung; 2. Durch die steigende Zahl von kolumbianischen Flüchtlingen in Ecuador als direkte Folge des Plan Colombia, was Ecuador grosse Anstrengungen abverlangt. Auch wenn es klar ist, dass es unsere Verpflichtung ist, einen jeden gewaltvertriebenen Menschen oder sonst wie von Gewalt betroffene Personen aufzunehmen – egal woher diese Person auch kommen mag – ist dies umso mehr angezeigt, wenn es sich um lateinamerikanische Nachbarn handelt. Die Zunahme der Vertreibungen hat viel mit der nach US-Ausrichtung durchgeführten Politik der kolumbianischen Regierung zu tun.

Am 1. März 2008 kam es zu einem direkten Angriff auf ecuadorianisches Territorium. Diese Aggression verfolgte nach meiner Einschätzung vier klare Ziele: 1. Ecuador gezwungenermassen in den internen Konflikt Kolumbiens zu verwickeln und uns so zu zwingen, Teil des von uns abgelehnten Kriegsplans zu werden und in einem Akt legitimer Verteidigung unserer Souveränität Truppen an die Grenze zu beordern und so in Konfrontation mit der kolumbianischen Guerilla zu treten, mit der es bisher nie bewaffnete Konfrontationen gegeben hat; 2. Die Antwort Lateinamerikas auf eine Verletzung der Souveränität eines Nationalstaates abzutasten, wobei mit dem „schwächsten“ Staat begonnen wurde. Hier ging es darum heraus zu finden, welche möglichen Reaktionen die Angegriffenen gegen den Aggressor ergreifen und so eine politisch-militärische Analyse von Interventionsszenarien zu machen. 3. Heraus zu finden wie gefestigt die progressiven Prozesse Lateinamerikas und Beziehungen zwischen den Ländern sind. 4. Den Verhandlungsprozess zwischen den Regierungen Venezuelas, Frankreichs und Ecuadors mit dem offiziellen Sprecher der FARC Raul Reyes über einen humanitären Austausch zu stoppen.

Die Antwort der ecuadorianischen Regierung war kohärent mit dem Prozess der politischen Autonomie einiger lateinamerikanischer Regierungen in Abgrenzung zu den USA (Venezuela, Bolivien, Nicaragua, Ecuador, Argentinien und Brasilien). Es wurden einige, früher undenkbare Erfolge erzielt, so die Resolution des Gipfeltreffens der Staaten von Rio und die Erklärung der Organisation Amerikanischer Staaten OAS. Doch damit hört das Problem nicht auf. Der Druck wird weiter bestehen, denn angestrebt wird die Schaffung einer Realität der Unsicherheit in ganz Lateinamerika auf folgender Grundlage: a) Erschwerung einer politischen Verhandlungslösung zur Überwindung des Konfliktes in Kolumbien; b) Druckausübung auf die lateinamerikanischen Länder, um die kolumbianische Guerilla als Terrorgruppe zu klassifizieren und so eine militärische Intervention in Lateinamerika zur „Wahrung von Sicherheit und Frieden in der Region“ zu rechtfertigen; genauso wie es im Nahen Osten gemacht wurde; c) Lancierung einer ideologischen Offensive über die Medien zur Verbreitung aller Argumente, welche für eine militärische Intervention notwendig sind. Die wiederholten Anschuldigungen gegen die Regierungen Ecuadors und Venezuelas in Bezug auf deren vermeintliche Verbindungen zur kolumbianischen Guerilla sind der Versuch, die Prozesse dieser Länder mit Zugang zum Amazonasbecken in Misskredit zu bringen.

Wir sind absolut und bedingungslos solidarisch mit dem kolumbianischen Volk. Wir wissen um seine komplexe und schwierige Situation und respektieren seine Souveränität. Wir haben uns nicht in den kolumbianischen Konflikt eingemischt und werden uns auch nicht in diesen hinein ziehen lassen. Es sein denn, dass kolumbianische Volk wünsche unseren Beitrag zur Suche einer politischen Verhandlungslösung seines Konfliktes, was der gesamten Region zu Gute kommen würde. Wir meinen, dass der Aufbau eines Organismus lateinamerikanischer Staaten auf der Grundlage der Solidarität, der Souveränität und der Reziprozität ein wichtiges Anliegen ist. Dieser Organismus soll eine Richtschnur unserer

internationaler Beziehungen sowohl in der Region wie mit der Welt bilden und völlig unabhängig von jeglichen anderen internationalen Organismen sein.

Das ecuadorianische Volk hat seine Gastfreundschaft gegenüber den kolumbianischen Flüchtlingen in unserem Land bekräftigt. Ecuador wird stets bereit sein, jede notwendige Hilfe zur Linderung des Leidens von Flüchtlingen aus Lateinamerika oder anderen Orten zu leisten.

2. Frieden und Konflikt: Die Rückkehr von Vertriebenen führt in San Carlos zu einer humanitären Krise

In der Gemeinde San Carlos im Osten des Dep. Antioquia droht die Rückkehr von Vertriebenen zu einem neuen humanitären Drama zu werden.

Von Ricardo Cruz Baena, Journalistin der Presseagentur des IPC

Das Problem ist simpel: Seit November 2007 hat die Rückkehr von Vertriebenen ein massives Ausmass angenommen und übersteigt die wirtschaftlichen und logistischen Kapazitäten der Gemeindeführung wie auch der humanitären Organisationen. Beide sagen, dass sie nicht über die notwendigen Mittel verfügen, um „würdige Bedingungen für die Rückkehr und die völlige Wiederherstellung der durch die Vertreibung verletzten Rechte“ zu garantieren, wie es vom Gesetz vorgeschrieben ist.

Die Besorgnis hat dazu geführt, dass am 21. April 08 eine vom Bürgermeister angeführte Kommission nach Bogotá reiste, um sich dort mit den Verantwortlichen der staatlichen Fürsorge *Acción Social* und Regierungsvertretern zu treffen und die Bereitstellung von finanziellen und logistischen Mitteln zu verlangen, um auf die Situation antworten zu können.

„Wir werden an Türen klopfen und schauen, wie uns in dieser schwierigen Situation geholfen werden kann. Wir müssen mit positiven Nachrichten für unsere Bevölkerung zurück kehren“, versicherte Patricia Giraldo, Ombudsfrau von San Carlos und Mitglied der Delegation.

Ein anhaltendes Drama

Nach der Diagnose des *Büros für die Betreuung und Beratung von Vertriebenen* ist durch die Rückkehr von Vertriebenen nach San Carlos ein fast ähnliches Drama wie durch die Vertreibung vor rund 5 Jahren selber entstanden. Seit 2005 registrierte das Büro die sporadische Rückkehr von Vertriebenen in die ländlichen Gebiete der Gemeinde, ausgelöst vor allem durch ein Klima der Ruhe in der Region oder auch einfach, weil die Vertriebenen das Leben in den Grossstädten des Landes unter unmenschlichen Bedingungen nicht mehr ertragen.

Doch seit November 2007 kam es zu einer massiven Rückkehr. Allein zwischen November 07 bis März 2008 sind 1'043 Familien in die ländlichen Gebiete und gegen 267 Familien in den Ortskern von San Carlos zurück gekehrt. Rund 3'500 BewohnerInnen von San Carlos haben sich also entschlossen, ihr Leben wieder dort aufzunehmen, von wo sie nie weg wollten: auf ihrem Land.

Dies könnte eine positive Nachricht sein. Sie zeigt die Wiederherstellung des sozialen Netzes in dieser Region des Dep. Antioquia, welche wie keine andere die Auswirkungen des bewaffneten Konfliktes zu spüren bekam. Doch die Rückkehrenden finden in ihren Weilern ein trostloses Panorama vor: durch die Verlassenheit verfallene Häuser; fruchtbare Böden, die mit Unkraut überwachsen sind; von der Vegetation verschlungene Strassen und Wege; keinerlei Zugang zu Gesundheitsposten und Schulen und ganz zu schweigen vom Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Wasser-, Abwasser- und Stromversorgung.

„In vielen Weilern wurden die Stromtransformatoren abmontiert und wo es noch Stromversorgung gibt, sehen sich die Leute mit horrenden offenen Rechnungen konfrontiert, die sie unmöglich zahlen können. Auch wenn es sehr gut ist, dass die Leute zurück kehren, so haben die Rückkehrenden uns doch zu verstehen gegeben, dass sie praktisch Hunger leiden. Dies wird zu einem Risikofaktor für eine erneute Vertreibung“, meint die Ombudsfrau.

Die Rechnung der Gemeinde macht es deutlich: Die Rückkehr einer einzigen Familie kostet die Gemeinde zwischen 7 und 9 Mio. Pesos, wenn man die Kosten für Gesundheit, Bildung, Wohnung und Strassen einberechnet. „Im Budget sind für dieses Jahr 400 Mio. Pesos für Rückkehrhilfe vorgesehen. Das reicht gerade mal zum Bau von 365 Wohnungen, 400 Wohnungsinstandstellungen, Wiederherstellung von 150 Gemeindestrassen, den Bau von 24 Schulen und die Unterstützung für die Wiederherstellung von 2'000 Hektaren Land für die Produktion von Kaffee, Zuckerrohr, etc.“, erklärt Alzate, der Koordinator des Büros für die Betreuung und Beratung von Vertriebenen von San Carlos.

Ein leidvolle Geschichte

Maria del Socorro Suárez ist ein lebendiges Beispiel der dramatischen Situation. Am 4. September 2003 wurde sie von einem Mitglied des Blocks *Cacique Nutibara* der AUC, der sich als „Camilo“ ausgab, zum „militärischen Ziel“ erklärt. Maria ist es bis heute nicht klar, weshalb dies geschah.

Ohne jegliche Alternative mussten Maria, ihr Ehemann, ihre Tochter und ihr Enkelkind ihr Haus im Weiler Rosalito verlassen und ein Leben voller Erinnerungen und alles zurück lassen, was sie aus der harten Bauernarbeit erwirtschaftet hatten. „Es blieb mir nichts anderes übrig, als nach Montería zu gehen. Doch dort ging es mir sehr schlecht und ich ging nach Puerto Valdivia. Dort konnten mein Mann und ich eine Weile arbeiten und uns wieder ein paar Dinge kaufen. Doch seit dem Tag, als ich weggehen musste, wollte ich immer zurück kehren“, sagt Maria del Socorro. So entschied sich die Familie im letzten Jahr wieder in ihre Heimat in San Carlos zurück zu gehen.

Doch die jetzige Situation zwingt die Familie, ihren Entscheid zu überdenken. „Von unserem Haus sind nur noch eingestürzte Mauern übrig und Unkraut wächst in den ehemaligen Zimmern. Ich lebe im Dorf bei Familienangehörigen. Doch es ist sehr unangenehm in einem Haus zu leben, das nicht dir ist. Ich habe kein Geld, um unser Haus wieder aufzubauen, noch das Land zu bebauen. Es besorgt mich, dass ich alle Sachen, die wir uns wieder anschaffen konnten, wie der Kochherd, den Kühlschrank, drei Betten, den Fernseher, all dies haben wir in Puerto Valdivia zurückgelassen und bisher nicht holen können. Ich würde vor Trauer sterben, wenn wir dies wiederum verlieren würden“, sagt Maria.

Das Schlimmste sei, so sagt Maria, dass sie die Vertreibung nie angezeigt habe. Dies aus zwei Gründen: „Ich hatte Angst und ich wusste nicht, wie ich dies machen musste. Deshalb habe ich keinerlei Anspruch auf Hilfe.“ Den Behörden sind in diesen Situationen die Hände gebunden, obwohl sie wissen, dass der Fall von Maria nicht der einzige und auch nicht der letzte ist.

Nach Angaben der staatlichen Fürsorge *Acción Social* haben in den letzten 10 Jahren rund 16'000 Personen die Gemeinde San Carlos aufgrund des bewaffneten Konfliktes verlassen. Die Gemeindebehörden gehen von einer höheren Zahl aus, wenn man die nicht angezeigten Fälle mit berücksichtigt. „Wir gehen von 19-20'000 Menschen aus, welche zwischen 1998 und 2002 vertrieben wurden. Es gab Weiler wie El Chocó, Santa Inés, San Miguel und Samaná, wo die gesamte Bevölkerung vertrieben wurde. Die Orte verwandelten sich in völlig unwirtliche Geisterdörfer. Jetzt kommen die Leute zurück und sie finden nur Ruinen vor“, meint Alzate, der Koordinator des Hilfsbüros.

Eine Frage der Vorsorge

Es stellt sich die Frage: Wie sind die Lokal- und Departementsregierungen vorbereitet, um eine Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimatorte zu garantieren?

Das Gesetz 387 von 1997 sieht die Unterstützung der Vertriebenen zum Zeitpunkt der Vertreibung als prioritär und regelt den Zugang von Vertriebenen zu staatlicher Hilfe. Das Gesetz regelt auch die Bedingungen für die Rückkehr. Nach dem Gesetz muss der Staat der rückkehrwilligen Bevölkerung Sicherheitsgarantien geben, welche durch das in der Region stationierte Militär gewährleistet werden soll. Vertriebene dürfen nicht zur Rückkehr gezwungen werden und der Staat muss sich für die Wiederherstellung der Rechte einsetzen, welche die Vertriebenen zum Zeitpunkt ihrer Vertreibung hatten.

Die Departementsregierung von Antioquia stellte über 50 Mrd. Pesos für die Hilfe an Vertriebene bereit. Der Grossteil davon wurde bei der begleiteten Rückkehr von 9'208 Familien ausgegeben. Diese Rück-

kehr wurde jeweils von der Armee begleitet und es wurden Hilfen für die Wiederinstandstellung von Häusern bereit gestellt.

Doch diese Anstrengungen reichen bei weitem nicht aus. Im Fall von San Carlos kommen weitere Faktoren dazu, welche eine Intervention schwierig machen. Nach Aussagen der Gemeindebehörden kommen die Leute auf eigene Faust in abgelegene Weiler zurück, die seit mehr als sieben Jahre verlassen und unbewohnt sind. Zudem ist in diesen Orten, so El Samaná, San Miguel und Las Flores die Sicherheitslage nicht klar. Die bisher zur Verfügung gestellten 300 Mio. Pesos sind völlig ungenügend in Anbetracht der Situation.

„Hier kommt es auch weiterhin zu Vertreibungen. Wir haben einige Familien, welche von der Guerilla bedroht wurden, da ihre Söhne im staatlichen Programm der Bauernsoldaten waren. Die Guerilla ist nicht ganz aus San Carlos weggegangen. Einige Rückkehrende haben uns gesagt, dass die 9. Front der FARC in ihren Weilern noch präsent ist, auch wenn keine schlimmeren Vorfälle verzeichnet wurden“, kommentiert Alzate.

Während die Mittel vom Departement angefordert werden – nach Aussagen der Gemeindebehörden von San Carlos ein aufwendiges und langwieriges Verfahren – überlegen sich humanitäre und soziale Institutionen Möglichkeiten, um die bereits angekommen Rückkehrer und die weiteren in diesem Jahr erwarteten 3'000 Rückkehrenden zu versorgen und die notwendige Unterstützung bereit zu stellen.

Alzate meint: „Wir haben bereits 3'000 Familien bei Acción Social eingetragen, um so einen koordinierten Rückkehrprozess in diesem Jahr zu ermöglichen. Unsere Bedingungen hier sind etwas komplexer wie in anderen Gemeinden. Deshalb ist dies hier ein einzigartiger Prozess, der aber zu einem Modell auf nationaler Ebene werden könnte.“

3. Debatte: Faktische Para-Institutionalität durch Wahlen

Inmitten des Strudels der letzten Ereignisse ist die Feststellung der Grenze zwischen Politik und Kriminalität sehr schwierig geworden.

Von Hernando Llano Angel, Professor an der Javeriana-Universität in Cali

Es ist fast unmöglich geworden, einen Kriminellen von einem Politiker zu unterscheiden. Darum wird die Zahl der Senatoren und Kongressabgeordneten von Woche zu Woche grösser, die im Hof des Gefängnisses La Picota anzutreffen sind. Einige der Parlamentarier haben sogar in aller Eile ihre Sitze im Parlament aufgegeben, so die Ex-Senatoren Alvaro Araujo und Mario Uribe. Anscheinend fühlen sie sich als gewöhnliche Kriminelle sicherer, als unter dem Mantel der Immunität als Kongressabgeordnete. Ihre Aufrichtigkeit ist zu begrüßen. Doch ihre persönliche und professionelle Identitätskrise ist bedauerndwert, sind sie doch in den Kongress an der Hand von Drogenhändlern und Verbrechern gegen die Menschlichkeit gekommen.

Darum ist es mehr als ein ironischer Zufall, dass heute der oberste Chef der Paramilitärs der AUC, Salvatore Mancuso, für sie einsteht. In einem Interview gegenüber dem TV-Nachrichtensender RCN meinte Mancuso, man müsste das Gesetz 975 – euphemistisch Gesetz *Gerechtigkeit und Frieden* genannt – so abändern, dass auch die Kongressabgeordneten die Strafbegünstigungen bekommen könnten und so dazu bewegt würden, die ganze Wahrheit zu sagen. Dies ist eine Geste der Gegenseitigkeit: Gestern haben diese Kongressabgeordneten zugunsten der AUC Gesetze erlassen und das angenommen, was mit grosser Beflissenheit der damalige Innenminister Sabas Pretelt und sein Vizeminister Mario Iguarán mit den AUC ausgehandelt hatten. Heute reicht ihnen der Ex-Kommandant der AUC solidarisch seine Hand und seine Ermunterung. So installiert sich eine faktische Para-Institutionalität, angenommen von den Kongressabgeordneten, welche dank der Unterstützung von „Blei und Geld“ der AUC sich in ihren Regionen wählen liessen.

Doch um der Wahrheit Genüge zu leisten, muss man sagen, dass diese Para-Institutionalität, Produkt der Ko-Legislative zwischen den AUC, der Regierung und dem Kongress, bereits auf das Gesetz 782 von 2003 zurück geht. Dieses Gesetz ermöglichte dem Präsidenten die Aufnahme eines Friedensprozesses

mit illegalen bewaffneten Gruppen, die keinen politischen Status haben, d.h. mit kriminellen Organisationen, wie den AUC, die zu diesem Zeitpunkt von den USA bereits als „Terrororganisationen“ eingestuft waren. Zweifellos ein Wunder der Gesetzgebung und des ethischen Zynismus des Präsidenten im Dienste der „demokratischen Sicherheit“, denn der kolumbianische Staat anerkannte im Namen des „Friedens und der Versöhnung“ rechtlich eine Organisation, die sich darauf spezialisiert hatte, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verüben, als rechtmässige Mittlerin ihrer Sicherheitspolitik. Dann begann die berühmte Zeit von Santa Fe de Ralito, wo nicht nur ein Gebiet von der Armee den paramilitärischen Verbänden überlassen wurde, sondern noch weit Gravierenderes geschah: Die Politik wurde jeglichen Hauchs einer öffentlichen Ethik beraubt. Mit diesem Vorsatz führte der Friedensbeauftragte Luis Carlos Restrepo zahlreiche halbgeheime Sitzungen mit den Kommandanten der AUC, was in gemeinsamer Absprache zu dem jetzigen Gesetz 975 führte.

Die Diskussionen waren derart schwierig und gespannt, dass die Paramilitärs selber vorübergehende Meinungsverschiedenheiten mit Restrepo an die Presse weiterleiteten, um so von der Regierung grössere Garantien in ihrem Prozess der Institutionalisierung zu erreichen. „Semana.com“ veröffentlichte diese „explosiven Enthüllungen“. Besonders explosiv sind die folgenden Äusserungen des Friedensbeauftragten Restrepo, weil sie mitten in der Wiederwahlkampagne des Präsidenten geäussert wurden. Zudem kam es dank jener Kongressabgeordneten zur Verfassungsänderung, welche die unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten ermöglichte, die heute im Gefängnis La Picota sitzen. „Es gibt ein Angebot des Präsidenten, welches lautet: Ich kann die Auslieferung nicht ändern, denn dann habe ich ein nicht mehr kontrollierbares internationales Problem. Ich kann nicht versuchen, inmitten der Wahlkampagne oder der Zusammenarbeitsvereinbarungen mit den USA, diese Frage zu ändern. Gegenüber dieser Realität sagt der Präsident: Ich setze meine präsidentiale Diskretion ein. Hört gut zu, das ist es, was der Präsident anbietet.“ Darauf antwortete der paramilitärische Führer Jorge 40: „Unsere Ungewissheit besteht darin, nur mehr an das Wort eines einzelnen Mannes zu glauben.“ Diese Ungewissheit scheint sich heute mit der möglichen Auslieferung des paramilitärischen Kommandanten Macaco zu klären. Macaco soll in den USA wegen Drogenhandels vor Gericht gestellt werden, womit er seiner Verantwortung gegenüber dem kolumbianischen Staat und den überlebenden Opfern von Verbrechen gegen die Menschlichkeit entfliehen könnte. Niemand hätte sich ein grösseres Paradox vorstellen können: Die us-amerikanische Justiz als Verhöhnung der nationalen Wahrheit Kolumbiens.

Wer am deutlichsten die Gefahren einer unmittelbaren Wiederwahl des Präsidenten inmitten eines Verhandlungsprozesses mit den Paramilitärs zum Ausdruck brachte, war Ex-Präsident Andrés Pastrana in einem Forum über „Nachhaltigkeit der Politik der demokratischen Sicherheit“, welches am 23. Februar 2005 stattfand. In seiner Rede machte er folgende Warnung, die zweifellos ein Resultat seiner persönlichen Erfahrungen im Verhandlungsprozess mit der FARC war: „Dass der Paramilitarismus – wie seine eigenen Sprecher sagen und verschiedene Sachverständige bestätigen – 300 Gemeinden des Landes und 40% der Drogenexporte, einen hohen Prozentsatz des kultivierbaren Bodens und angsteinflössende Privatarmeen kontrolliert, deren Strukturen und Einflusszonen intakt geblieben sind, ist eine alte Geschichte. Dass der Paramilitarismus mit seinem Geld, seinen Waffen und seinen politischen Verbindungen die Wahlbilanz beeinflussen kann, ist offensichtlich. Unter diesen Voraussetzungen stellt sich die Frage, ob es legal ist, mit dieser Wahlmacht zu verhandeln, während der Verhandlungsführer (A.d.Ü. Präsident Uribe) sich im Wahlkampfieber befindet. Gibt es hier eine blosser Störung oder eine flagrante Unverträglichkeit? Können hier volle Garantien – über ein Statut hinaus – für gleiche Bedingungen für die Teilnahme am Wahlkampf gegeben werden? Gegen die unmittelbare Wiederwahl wurde seit deren Lancierung und von allen Medien eine lange Liste von Unverträglichkeiten aufgeführt. Deren Unverträglichkeit mit einem Friedensprozess oder Friedenspakt hat Auswirkungen auf zwei existenzielle Bereiche des Überlebens unserer Demokratie: Den Friedensprozess und den Wahlprozess. Solange der Friedensprozess, die politische Macht der Paramilitärs und die Wahlen nicht entflochten werden, schliesst sich der Raum für die notwendige Grosszügigkeit zur Heilung der Wunden. Und es öffnet sich ein Prozess des Misstrauens, ein Risiko, dem sich eine repräsentative Demokratie nicht aussetzen darf.“

Die Warnung wurde zur Vorhersage, und dies im schlimmsten Sinne. Auf dem Spiel steht das Weiterbestehen der aktuellen parainstitutionellen Wahlmacht, die täglich durch die Strafuntersuchungen klarer und umfassender zu Tage tritt. Vor dem bekannt werden des Bestechungsskandals, in den die Ex-Abgeordnete Yidis Medina verwickelt ist, bestand bereits die institutionelle Sprache der Regierung, um

jeden Widerstand gegen den Legislativakt 02 von 2004, welcher die unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten ermöglichte, im Parlament im Keim zu ersticken. Der Legislativakt, welcher die unmittelbare Wiederwahl ermöglichte, wurde genau von jenen Kongressabgeordneten angenommen, welche sich heute wegen verbrecherischer Verschwörung mit den AUC im Gefängnis befinden. Dies ist der historische Kreuzweg unserer jetzigen Situation. Wie dies angegangen und überwunden werden wird, hängt es ab, ob sich diese faktische Wahl-Para-Institutionalität konsolidiert oder wir eine authentische, demokratische Institutionalität aufbauen können, welche diese tödlich Symbiose zwischen Politik und Verbrechen verhindert. Eine Symbiose, welche dank der Verzauberung und Vernebelung einer desorientierten Bevölkerung durch Präsident Uribe regiert hat. Unterstützt wurde diese Desorientierung durch Medien, welche diesem Geflecht von sozialen Privilegien und kriminellen Politikern gefällig sind.

4. Gastkolumne: Von Parapolitik, Kooptationen und anachronistischem Patriotismus

Langsam, aber systematisch zeigen sich die dunklen Beziehungen und die ideologischen Sympathien der Regierung Uribe mit dem Paramilitarismus.

Von Germán Ayala Osorio, Politologe und Dozent an der Autonomen Universität de Occidente

Die Tatsachen der Parapolitik zeigen auch das enge Staatskonzept, welches Präsident Uribe vertritt. Dies zeigt sich z.B. in der Suche nach Mechanismen und Strategien, um die Autorität, Kompetenz und Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofes zu untergraben. Dieser Gerichtshof ist für die Strafprozesse und Urteile gegen jene Kongressabgeordneten zuständig, die u.a. dafür sorgten, dass Präsident Uribe eine zweite Präsidentschaftszeit ermöglicht wurde.

Schon seit langem hat Präsident Uribe deutlich gemacht, was für einen Staat er will. Es reicht daran zu erinnern, dass er als Gouverneur des Dep. Antioquia die Convivir (A.d.Ü. private Sicherheitsgruppen, die eine Legalisierung der paramilitärischen Verbände waren) legalisierte. Warum erhöhte er nicht die Zahl der staatlichen Sicherheitskräfte, um das Leben der BürgerInnen zu schützen, sondern übertrug diese Aufgabe zweifelhaften privaten Gruppierungen? Wollte er etwa die eigenen Truppen vor der schmutzigen Arbeit bewahren, welche die Convivir verrichteten?

Es ist offensichtlich, dass dem Präsidenten die Gewaltentrennung nicht passt. Noch viel weniger gefällt ihm die politisch-rechtliche Arbeit des Obersten Gerichtshofes, welcher Strafuntersuchungen gegen dem Präsidenten nahestehende Politiker führt.

Mit dem Vorschlag, eine Sondergericht zu schaffen, welches den Obersten Gerichtshof und die ineffiziente Anklagekommission des Kongresses ersetzen soll, versucht die Regierung, angeführt von Präsident Uribe und dem Justizminister Carlos Holguin, die politische Ordnung zu destabilisieren und so einen Zustand der Unsicherheit zu schaffen. Dieses Chaos wäre dann der Vorwand, um den Weg zu ebnen, sich weiterhin mit der Unterstützung einer falschen Popularität und von Unternehmern, Industriellen und Bankern, die nur an ihren Vorteil denken, an der Macht zu halten. Diesen Wirtschaftskreisen wurden seit 2002 ausserordentliche Gewinne zugesichert, weshalb sie ihre Unterstützung gegenüber Uribe aufrecht erhalten, dies trotz der offensichtlichen Unrechtmässigkeit und Illegalität seiner Regierung.

Zweifellos ist dies eine falsche Lösung der Administration Uribe. Sie zeigt aber deren Unzufriedenheit aufgrund der Entlarvung eines Kongresses, welcher vom Paramilitarismus eingenommen und einer Regierung, welche Gefangene ihrer Sympathien mit der kriminellen Organisation der AUC ist.

Von Kooptationen und vor-politischen Projekten¹

¹ Der Ökonom Luis Jorge Garay sprach kürzlich in einer Rede in Cali über die Kooptation des Staates. Seine Rede basierte auf einem vom ihm verfassten Dokument mit dem Titel: „Die Bildung eines kooptierten Staates über die traditionelle wirtschaftliche Geiselnahme des Staates hinaus.“ Garay sagte, dass die Aktionen der Kooptation des Staates, wie sie von den Drogenkartellen von Cali und Medellín und den Paramilitärs der AUC vorangetrieben wurden, sich auf klar definierte politische Projekte abstützen.

Betrachten wir kurz die jüngste Geschichte Kolumbiens, um auf die Gründe und Folgen der heutigen institutionellen Krise des Landes aufmerksam zu machen. Der Blick zurück kann uns aufzeigen, wie wir in diese unhaltbare Situation geraten sind.

Die vor-politischen Projekte der Kartelle von Cali und Medellin, der Guerilla des ELN und der FARC und der paramilitärischen Verbände der AUC suchten und erreichten zu einem schönen Teil die Kooptation des Staates, d.h. die „Entführung“ von Steuereinnahmen und die Infiltration von Schlüsselinstitutionen für ein normales Funktionieren eines politischen Regimes. Dies geschah u.a. durch die paramilitärische Infiltration des Geheimdienstes DAS und des Kongresses.

Es handelte sich dabei zweifellos um vor-politische Projekte der Kooptation, denn sie stützten sich auf die Einschüchterung, die Drohung, den Kauf von Gewissen, das Verschwindenlassen von Gegnern, was zum Verlust der Legitimität des Staates führte. Diese Projekte waren weit entfernt von wirklichen politischen Projekten, die fähig sind, verschiedene Formen des Denkens und Handelns in sich zu vereinen und so die Zufriedenheit breiter Mehrheiten zu garantieren.

Jeder dieser illegalen Akteure versuchte und erreichte die Kooptation staatlicher Institutionen mittels unterschiedlicher Mechanismen und Strategien, die von der Suche nach einem Platz bei den traditionellen Parteien – wie es Drogenboss Pablo Escobar Gaviria machte – bis zur Rekrutierung von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Stroh Männern, wie es das Cali-Kartell machte. Die Paramilitärs perfektionierten dies in effizienter und besorgniserregender Weise: Sie infiltrierten den Kongress um die Verfassung zu ändern und so z.B. die unmittelbare Wiederwahl eines rechtsgerichteten Präsidenten zu ermöglichen, welcher dem vor-politischen Projekt der AUC zugetan ist. So wurden die Entwürfe der öffentlichen Entwicklungspolitik zum definitiven und entscheidenden Schritt zur Garantierung der effektiven Kooptation des Staates durch legale und illegale Interessengruppen. Luis Jorge Garay weist auf das jüngst erlassene Landgesetz hin, welches ein greifbares Resultat dieser paramilitärischen Kooptation des Staates ist.

Nach der gelungenen Kooptation des Kongresses, des Geheimdienstes DAS und anderer staatlicher Institutionen folgt die Institutionalisierung und Einführung von Werten und Prinzipien des paramilitärischen Projektes. Diese Aufgabe übernehmen teilweise einige Medien, die unfähig waren, die tatsächlichen Auswirkungen des Verhandlungsprozesses zwischen der Regierung Uribe und den AUC in Santafé de Ralito und die unwirksamen Wiedergutmachungsprozesse gegenüber den Opfern aufzuzeigen.

Doch vielleicht vertieft und festigt sich das paramilitärische Projekt im kollektiven Bewusstsein der Menschen und ermöglicht eine künstliche Vorstellung, die immer wieder von Meinungsmachern, Journalisten, Medienunternehmen, Akademikern, Hausfrauen und Arbeitern wiederholt wird: *Kolumbien wäre ohne Guerilla anders; das Problem Kolumbiens ist die FARC; wir haben keinen Fortschritt wegen der Guerilla...*

Wer so denkt – ohne damit den Schaden leugnen zu wollen, den die Guerilla dem Land zufügt – wird durch Aktion oder Unterlassung zu einem ideologischen Strohmann der Paramilitärs. Ist dies erreicht, dann kommt zur Sorge um die Kooptation des Staates noch jene über die Kooptation des Bewusstseins einer bedeutenden Zahl von BürgerInnen, welche blind dieser künstlich geschaffenen Vorstellung glauben.

Der Begriff vor-politisch bezieht sich auf Handlungen, Strategien und Aktionen illegaler Akteure, welche entschlossen versuchten und versuchen, mittels Gewalt oder durch Einschüchterung und Morde ein Staatsideal durchzusetzen, in dem das Leben der BürgerInnen nur dann garantiert ist, wenn sie ethische, moralische und eigene politisch-ideologische Prinzipien aufgeben und sich vormodernen Formen des sozialen Zusammenlebens unterordnen.